

Zeitgeschichte

Wer ergriff wessen Hand?

Ein Zeitzeuge bereichert eine skurrile Kontroverse um das berühmte Treffen von Kanzler Helmut Kohl mit Frankreichs Präsident François Mitterrand 1984 in Verdun. Beide Staatsmänner gedachten Hand in Hand der Schlacht des Ersten Weltkriegs, und bis heute ist ungeklärt, wer zuerst die Hand des anderen ergriff. Nach Kohls Erinnerungen war es Mitterrand; der Franzose hingegen hatte vor seinem Tod behauptet, es sei der Deutsche gewesen.

Paul-Werner von der Schulenburg, seinerzeit Leiter des Protokollreferats im Verteidigungsministerium, stand wenige Meter von beiden entfernt. Seiner Erinnerung nach, die er nach dem Ereignis in Tagebuchaufzeichnungen festhielt, hatte Mitterrand „zu fummeln“ begonnen. Es habe dann „einige Sekunden gedauert“, bis Kohl verstanden habe und die angebotene Hand ergriff.



Mitterrand, Kohl 1984 in Verdun

Der heute 79-jährige Schulenburg führt die Geste Mitterrands auf das Können des Stabsmusikkorps der Bundeswehr zurück. Dieses habe die Marseillaise „ungewöhnlich gefühlvoll“ intoniert, der französische Präsident sei „tief gerührt“ gewesen.

Beide Politiker hatten einen persönlichen Bezug zu Verdun: Kohls Vater hatte dort während des Ersten Weltkriegs gekämpft, Mitterrand war an dem Ort 1940 als junger Soldat verwundet worden. klw

Zuwanderung

EU will Blue Card verbessern

Die EU-Kommission plant, die legale Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Europa mit dem System der Blue Card einheitlich zu regeln. Eine Überarbeitung der entsprechenden Richtlinie will die Kommission am kommenden Dienstag vorlegen. Sie ist Teil der sogenannten Migrationsagenda, mit der Zuwanderung nach Europa besser gesteuert werden soll. Nach dem Willen der Behörde soll es künftig ein einheitliches Angebot der EU für hoch qualifizierte Migranten geben, die nicht aus der Union kommen. Die Frage, wie viele Zuwanderer die jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten im Rahmen des Blue-Card-Systems aufnehmen, entscheiden die Regierungen selbst. Das bisherige Blue-

Card-System gilt als zu kompliziert, nur Deutschland nutzte es in größerem Umfang. Es gilt für Hochqualifizierte, die mindestens 50 000 Euro im Jahr verdienen müssen, außer sie arbeiten in sogenannten Mangelberufen, etwa in der IT-Branche. „Die Blue-Card-Richtlinie von 2009 hat ihr Potenzial, talentierte und hoch qualifizierte Drittstaatsangehörige anzuwerben, nicht ausgeschöpft“, bilanzierte die Kommission im April. Um das zu ändern, sollen sich Blue-Card-Inhaber künftig leichter innerhalb der EU bewegen können. Deutschland werde von den Änderungen kaum betroffen sein, heißt es im Bundesarbeitsministerium, die deutschen Blue-Card-Regeln gehörten zu den liberalsten. Anfang 2016 lebten in Deutschland rund 28 000 Drittstaatsangehörige mit einer Blue Card. mad, mp

Mindestlohn

„Deutlich über neun Euro“

Politiker der Großen Koalition fordern eine Erhöhung des Mindestlohns zum Januar 2017. „Der neue Mindestlohn sollte deutlich über neun Euro liegen“, sagt Klaus Barthel, Vorsitzender der SPD-Arbeitnehmerorganisation AfA. Bis Ende Juni muss eine unabhängige Kommission aus Gewerkschaftern, Arbeitgebervertretern und Wissenschaftlern entscheiden, wie stark der Mindestlohn 2017 steigen soll. Als Grundlage wird der Tarifindex des Statistischen Bundesamtes dienen, der die Lohnerhöhungen aller Branchen von Anfang 2015 bis

Juni 2016 berücksichtigt. Demnach deutet sich bislang eine Erhöhung um etwa 30 Cent auf rund 8,80 Euro an. „Das Gesetz sieht aber auch vor, dass sich die Kommission nicht sklavisch an die Daten halten, sondern eine Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen Lage bei ihrer Entscheidung vornehmen soll“, sagt Barthel. Diese lasse eine stärkere Erhöhung zu. Auch Karl-Josef Laumann, Chef des Union-Arbeitnehmerflügels CDA, verweist auf einen Ermessensspielraum. „Dass sich die Kommission an der Tarifentwicklung orientieren soll, liegt auf der Hand. Zugleich steht es ihr aber auch frei, davon abzuweichen“, sagt CDU-Mann Laumann. cos, mad

Bundeswehr

Cyberstrategie wieder weg

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, CDU, verliert einen ihrer wichtigsten Berater. Zum Herbst 2016, nach gut zwei Jahren, wird Gundbert Scherf, der die neue Strategie der Bundeswehr zur elektronischen Kriegführung („Cyber War“) konzipiert hat, das Ministerium wieder verlassen. Scherf kam wie Rüstungs-

staatssekretärin Katrin Suder 2014 von der Unternehmensberatung McKinsey und wurde im Wehrressort Beauftragter für nationale und internationale Rüstungsaktivitäten. Der Unternehmensberater war die treibende Kraft für die neue Ausrichtung der Truppe im elektronischen Kampf, er entwarf den Aufbau eines Cyberkommandos. Von der Leyen hatte sich persönlich für den 34-jährigen Quereinsteiger starkgemacht. Scherf geht, weil er ein Angebot aus der Wirtschaft hat. Die Cyberstrategie der Bundeswehr soll nun der ThyssenKrupp-Manager Klaus-Hardy Mühleck realisieren, der im Herbst anfangt. mgf



Von der Leyen, Scherf

Lohnungleichheit

Merkel bleibt hart

Bundeskanzlerin Angela Merkel will der SPD im Streit um die Frage, wie eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen gesichert werden soll, nicht entgegenkommen. Der Koalitionsvertrag werde eins zu eins umgesetzt, sagte Merkel beim sogenannten Unionsfrühstück am Mittwoch vor der

Sitzung des Bundeskabinetts. Aus Sicht der CDU bedeutet das: Arbeitnehmer können erst in Betrieben mit mehr als 500 Mitarbeitern Auskunft darüber verlangen, wie viel jeweils ihre Kollegen verdienen. Die SPD interpretiert die Vereinbarung dagegen so, dass sie weitaus mehr Betriebe betreffe. Im Kanzleramt heißt es, in diesem Punkt werde es keinen Kompromiss geben. ran